Information an sämtliche Gemeinden der Schweiz

Am 13. März 2023 startet der Schweizerische Verein WIR erneut eine Briefkampagne. Dem Schreiben von Christian Oesch wird ein Merkblatt beigelegt, welches in Zusammenarbeit mit plannetzwerk entstanden ist.

Mit diesem Schreiben sollen sämtliche Schweizer Gemeinderätinnen und Gemeinderäte auf die mangelnde Rechtssicherheit im Vollzug der neuen adaptiven 5G-Mobilfunkanlagen hingewiesen werden. So wie sich die Situation derzeit präsentiert, werden die Kantone vom Bund zu gesetzwidrigem Handeln genötigt und über die tatsächliche Rechts- und Faktenlage in die Irre geführt.

2138 Gemeinden sind im Verteiler und werden in den kommenden Tagen sowohl per Email, als auch per Briefpost für dieses wichtige Thema sensibilisiert.

Interessiert am Thema? **Schauen Sie sich die Webkonferenz zum Thema 5G in den Gemeinden an!**

Webkonferenz: Video und F&A

Und dies ist der Wortlaut des Schreibens, das an alle Gemeinden gesendet wird:

Rechtssicherheit im Vollzug der neuen adaptiven 5G-Mobilfunkanlagen?

Sehr geehrte Gemeindepräsidentin
Sehr geehrter Gemeindepräsident
Sehr geehrte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte

Die Kantonale Planungsgruppe Bern (KPG) führte Ende 2022 ein Seminar für die kommunale Baubewilligungsbehörde mit dem Titel „Mobilfunk – Eine Standortbestimmung für Gemeinden“ durch. Ziel war es, die Rechtssicherheit bei der Anwendung der bau- und umweltrechtlichen Bestimmungen für die hoch umstrittene neue Mobilfunkgeneration 5G zu stärken.

Es ist nicht vermessen, wenn bereits heute festgestellt wird, dass dieses Ziel nicht erreicht und die Rechtsunsicherheit durch dieses Seminar, insbesondere durch die Aussagen und Informationen der verschiedenen Referenten und Referentinnen, noch verstärkt wurde.

Gerne überlassen wir Ihnen dazu die Ausführungen von LAUBSCHER plannetzwerk. Herr Daniel Laubscher hat langjährige Berufserfahrung im Zusammenhang mit der Implementierung aller Mobilfunkgenerationen in seinen verschiedenen Funktionen als Orts- / Stadt- und Raumplaner.

Vor allem ist es ihm ein Anliegen, den überstürzten, unkoordinierten und zum Teil rechtswidrigen Ausbau der neusten Mobilfunkgeneration zu hinterfragen und bessere, strahlungsärmere sowie sicherere IT-Netzplanungen bei den Gemeinden anzustossen. Dies aus dem einfachen Grund, dass rund zehnmal weniger Energie benötigt wird, wenn ein Film über Glasfaserkabel anstelle Mobilfunk angeschaut wird. Bundesrat Parmelin forderte kürzlich auch die Mobilfunkbetreiber auf, ihren Beitrag zur Strommangellage beizusteuern.

Es sind die Gemeinden, welche auf ihrem Hoheitsgebiet für das Planungs- und Bauwesen zuständig sind. Sie können mit den Mitteln der kommunalen Ortsplanung und Baugesetzgebung optimale Rahmenbedingungen für IT-Infrastrukturanlagen schaffen.

Dies erfordert ein Erkennen der komplexen Materie und Herausforderung, um ins Handeln kommen zu können. Insbesondere müssen sich die zuständigen Gemeindebehörden ihrer Aufgabe und Verantwortung im Vollzug Mobilfunkanlagen im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens bewusst sein.

Wie Sie den Ausführungen von D. Laubscher zum gemeinsamen Gespräch zwischen dem Amt für Umwelt und Energie (AUE) und den verschiedenen Teilnehmern des KPG-Seminars gemäss Beilage entnehmen können, ist das Fazit ernüchternd. Die strittige Vollzugsverordnung wird trotz fehlender Messungen und Kontrollen angewendet und die Baubewilligungspflicht wird zum Teil umgangen. Kann dies rechtens sein? Dies gilt natürlich nicht nur für den Kanton Bern, sondern für alle Kantone.

Angesichts der bestehenden Rechtsunsicherheit und der nicht durchgeführten oder nicht durchführbaren vorgeschriebenen Messungen von adaptiven Antennen, insbesondere der Nichtkontrollier- und Nichtmessbarkeit der gemittelten höheren

Feldstärken, muss sich die Gemeindebehörde fragen, ob sie mit ihrer Aufgabe als Baupolizei, für den Schutz der Bevölkerung (Vorsorgeprinzip) vor schädlicher Strahlung zu sorgen, bereits jetzt diese adaptive 5G-Technologie bewilligen darf.

Es ist eben nicht so, wie den Gemeindebehörden durch die Mobilfunkbetreiber, Kanton / Bund und insbesondere die Medienberichterstattung dauernd vermittelt wird, dass die Gemeinden beim Mobilfunk keine Handlungs- und Bestimmungsmöglichkeiten hätten. Vielmehr ist das Gegenteil der Fall. **Die Gemeinden sind immer zuständige Baupolizei- und Baubewilligungsbehörde.** In gewissen Fällen fungiert das Regierungsstatthalteramt als Leitbehörde nach Koordinationsgesetz. **Für die örtliche Baupolizei und Orts- und Nutzungsplanung ist jedoch in jedem Fall die Gemeinde zuständig**.

Wir hoffen, Ihnen mit diesen und den Informationen in der Beilage, diese ganze Thematik etwas näher zu bringen.

Gerne stehen wir für Fragen und Beratung zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Christian Oesch, Präsident

Schweizerischer Verein WIR | Postfach 0 | CH-3619 Eriz BE

christian.oesch@vereinwir.ch | +41 79 329 2448

Beilage: *Ausführungen von LAUBSCHER plannetzwerk*

Informations-Flyer

Dies sind die **Ausführungen von LAUBSCHER plannetzwerk**. Herr Daniel Laubscher hat langjährige Berufserfahrung im Zusammenhang mit der Implementierung aller Mobilfunkgenerationen in seinen verschiedenen Funktionen als Orts- / Stadt- und Raumplaner.

Irreführung der Gemeindebehörden durch das Amt für Umwelt und Energie (AUE)?

Die Kantonale Planungsgruppe Bern (KPG) führte für die Baubewilligungsbehörden am 9. Dezember 2022 ein Seminar mit dem Titel «Mobilfunk – Eine Standortbestimmung für Gemeinden» im Schlossgut Münsingen durch. Dabei informierte auch das Amt für Umwelt und Energie (AUE), Fachstelle NIS, über die umstrittene neue adaptive Mobilfunktechnik. In anschliessenden Diskussionen und Dokumenten warf *Laubscher plannetzwerk* dem AUE Irreführung und Umgehung der zuständigen Gemeindebaubewilligungsbehörden, ja sogar rechtswidrige Amtsführung vor.

Anlässlich eines gemeinsamen Gesprächs zwischen dem AUE und den verschiedenen Teilnehmern des KPG-Seminars wurden die Vorwürfe der Irreführung sowie der Umgehung der Gemeinden als Baubewilligungsbehörde gemeinsam besprochen. Allseitig anerkannt wird Folgendes:

- Beim Bagatellverfahren handelt es sich um eine Befreiung von der Baubewilligungspflicht (lediglich Meldung an AUE). Die Einsprachemöglichkeit von betroffenen Anwohnern wird nicht gewährt. **Betroffene haben dadurch keine Einsprachemöglichkeit.**

- Im Kanton Bern wurden insbesondere in der Landwirtschaftszonen **rund zwei Drittel aller adaptiven Antennen rechtswidrig im Bagatellverfahren bewilligt, resp. durch das AUE von der Baubewilligungspflicht befreit** (Präzedenzfall Jaberg). In der LWZ ist zur Bau- noch eine Ausnahmebewilligung LWZ nach Art. 24 ff. Raumplanungs-gesetz erforderlich.

- Im Kanton Bern werden 1081 Antennen im 5G-Funkdienst betrieben. Davon 421 mit adaptiven Antennen (Stand: 30.11.2022).

- Für die Wiederherstellung des rechtmässigen Zustandes sind die Gemeinden (Baupolizeibehörde) zuständig. Dazu ist die Abschaltung **der widerrechtlich in Betrieb genommenen Antennen** sowie die Nachreichung eines Baugesuches bei den Betreibern einzufordern.

- In der Schweiz sind bereits über zwanzigtausend Mobilfunkstandorte in Betrieb. Der K-Tipp hat aufgedeckt, dass **20% davon die Strahlengrenzwerte nach eidgenössischer Verordnung überschreiten** und nicht einhalten.

- Das AUE bestätigt, dass durch die Vollzugsbestimmungen des Bundes **die Messweise gemäss NISV geändert wurde** und es dadurch örtlich und zeitlich beschränkt **bis zu drei mal höheren Feldstärken (Strahlung) an den OMEN (Ort mit empfindlicher Nutzung) kommen kann.** Dieses «Buebetrickli» habe aber der Bund zu verantworten und nicht der Kanton. Ebenfalls sei man mit der integralen und gemittelten Messmethode nicht glücklich. Trotzdem bleibe dem AUE nichts anderes übrig, als diese Vollzugsempfehlungen anzuwenden.

- Das AUE bestätigt, dass es bis anhin **noch keine Kontrollmessungen für adaptive Antennen durchgeführt** hat. Die Prognosen (Hochrechnungen) gemäss Standortdatenblatt genügten für den Vollzug und die Bewilligung von adaptiven Antennen. Es wird jedoch in Aussicht gestellt, dass bereits 2023 allenfalls ca. 5 unabhängige Kontrollmessungen von adaptiven Antennen im Kanton BE stattfinden sollen. Bei Bedarf könne das AUE auch Abnahmemessungen verlangen.

- Verschiedene **kantonale Verwaltungsgerichte** stellen für den **Ersatz bestehender Antennen mittels adaptiven Anlagen zwingend die Baubewilligungspflicht fest.** Nicht so der Kanton Bern. Dieser beruft sich auf einen aktuellen (31.01.2023) Verwaltungsgerichtsentscheid (Präzedenzfall) und das bernische Baugesetz. In bestimmten Fällen sei der adaptive Antennenersatz trotz Änderung im Sinne der NISV nicht wesentlich und mittels bestehender Baubewilligung für konventionelle Antennen abgedeckt. Dabei ist zu beachten, dass das vom AUE zitierte Urteil (100.2020.305U) ausdrücklich festhält, dass eine Umrüstung einer konventionellen mit einer adaptiven Antenne nur im Bagatellverfahren möglich ist, wenn die Sendeleistung und Feldstärkenbelastung an den OMEN annähernd gleich bleiben, wie bei der letzten Baubewilligung. **Wird der Korrekturfaktor angewandt, kommt es nach Verwaltungsgericht zu einer Erhöhung der Sendeleistung und Feldstärken. Dies ist baubewilligungspflichtig und es besteht ein Rechtsschutzinteresse der betroffenen Anwohner.** Das Baugesuch ist in diesem Fall ordentlich zu publizieren.

- Das AUE entschuldigt sich für das eigene Schreiben an die Gemeinden vom 31. Januar 2022, in dem folgende Aussage gemacht wurde: **«Für den Austausch von konventionellen durch adaptive Antennen ist weiterhin in jedem Fall ein ordentliches Baubewilligungsverfahren erforderlich».** Dabei handle es sich um einen Schreibfehler.

- Das AUE und der Direktor der Kantonalen Planungsgruppe KPG empfiehlt den Gemeinden eine Richtplanung bezüglich Koordination der Mobilfunkstandorte der verschiedenen Betreiber sowie Abstimmung mit der Glasfaserversorgung. Durch eine geschickte und die Anbieter koordinierende Planung, können Anzahl Standorte optimiert und reduziert werden. **Auch wird nicht bestritten, dass die Versorgung mittels Glasfaser viel weniger Energie als Mobilfunk benötigt** und mithelfen würde, in der IT-Versorgung Strom zu sparen.

Für Fragen, Auskünfte (Quellenangaben) oder Weitergabe der verwendeten Gerichtsurteile, Protokolle, Dokumente etc., steht zur Verfügung:

Kontakt:

Laubscher plannetzwerk.
Daniel Laubscher
Kreuzgasse 16 | 3294 Büren an der Aare
032 351 01 19 / 079 958 08 01
daniel.laubscher@plannetzwerk.ch | www.plannetzwerk.ch

Brief an die Gemeinden | PDF
Flyer an die Gemeinden | PDF
Angeschriebene Gemeinden DE | PDF

Schweizerischer Verein WIR
Association suisse WIR
Associazione Svizzera WIR
Swiss Association WIR

P.P. CH-3600 Thun, Post CH AG
Schweizerischer Verein WIR, 3619 Eriz (BE)

Eriz, 15.03.2023

An den Gesamtgemeinderat
Gemeindeverwaltung Biberstein
Kirchbergstrasse 1
Postfach 18
5023 Biberstein

Rechtssicherheit im Vollzug der neuen adaptiven 5G-Mobilfunkanlagen?

Sehr geehrte Gemeindepräsidentin
Sehr geehrter Gemeindepräsident
Sehr geehrte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte

Die Kantonale Planungsgruppe Bern (KPG) führte Ende 2022 ein Seminar für die kommunale Baubewilligungsbehörde mit dem Titel «Mobilfunk – Eine Standortbestimmung für Gemeinden» durch. Ziel war es, die Rechtssicherheit bei der Anwendung der bau- und umweltrechtlichen Bestimmungen für die hoch umstrittene neue Mobilfunkgeneration 5G zu stärken.

Es ist nicht vermessen, wenn bereits heute festgestellt wird, dass dieses Ziel nicht erreicht und die Rechtsunsicherheit durch dieses Seminar, insbesondere durch die Aussagen und Informationen der verschiedenen Referenten und Referentinnen, noch verstärkt wurde.

Gerne überlassen wir Ihnen dazu die Ausführungen von LAUBSCHER plannetzwerk. Herr Daniel Laubscher hat langjährige Berufserfahrung im Zusammenhang mit der Implementierung aller Mobilfunkgenerationen in seinen verschiedenen Funktionen als Orts- / Stadt- und Raumplaner.

Vor allem ist es ihm ein Anliegen, den überstürzten, unkoordinierten und zum Teil rechtswidrigen Ausbau der neusten Mobilfunkgeneration zu hinterfragen und bessere, strahlungsärmere sowie sicherere IT-Netzplanungen bei den Gemeinden anzustossen. Dies aus dem einfachen Grund, dass rund zehnmal weniger Energie benötigt wird, wenn ein Film über Glasfaserkabel anstelle Mobilfunk angeschaut wird. Bundesrat Parmelin forderte kürzlich auch die Mobilfunkbetreiber auf, ihren Beitrag zur Strommangellage beizusteuern.

Es sind die Gemeinden, welche auf ihrem Hoheitsgebiet für das Planungs- und Bauwesen zuständig sind. Sie können mit den Mitteln der kommunalen Ortsplanung und Baugesetzgebung optimale Rahmenbedingungen für IT-Infrastrukturanlagen schaffen.

Dies erfordert ein Erkennen der komplexen Materie und Herausforderung, um ins Handeln kommen zu können. Insbesondere müssen sich die zuständigen Gemeindebehörden ihrer Aufgabe und Verantwortung im Vollzug Mobilfunkanlagen im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens bewusst sein.

Wie Sie den Ausführungen von D. Laubscher zum gemeinsamen Gespräch zwischen dem Amt für Umwelt und Energie (AUE) und den verschiedenen Teilnehmern des KPG-Seminars gemäss Beilage entnehmen können, ist das Fazit ernüchternd. Die strittige Vollzugsverordnung wird trotz fehlender Messungen und Kontrollen angewendet und die Baubewilligungspflicht wird zum Teil umgangen. Kann dies rechtens sein? Dies gilt natürlich nicht nur für den Kanton Bern, sondern für alle Kantone.

Angesichts der bestehenden Rechtsunsicherheit und der nicht durchgeführten oder nicht durchführbaren vorgeschriebenen Messungen von adaptiven Antennen, insbesondere der Nichtkontrollier- und Nichtmessbarkeit der gemittelten höheren Feldstärken, muss sich die Gemeindebehörde fragen, ob sie mit ihrer Aufgabe als Baupolizei, für den Schutz der Bevölkerung (Vorsorgeprinzip) vor schädlicher Strahlung zu sorgen, bereits jetzt diese adaptive 5G-Technologie bewilligen darf.

Es ist eben nicht so, wie den Gemeindebehörden durch die Mobilfunkbetreiber, Kanton / Bund und insbesondere die Medienberichterstattung dauernd vermittelt wird, dass die Gemeinden beim Mobilfunk keine Handlungs- und Bestimmungsmöglichkeiten hätten. Vielmehr ist das Gegenteil der Fall. **Die Gemeinden sind immer zuständige Baupolizei- und Baubewilligungsbehörde.** In gewissen Fällen fungiert das Regierungsstatthalteramt als Leitbehörde nach Koordinationsgesetz. **Für die örtliche Baupolizei und Orts- und Nutzungsplanung ist jedoch in jedem Fall die Gemeinde zuständig.**

Wir hoffen, Ihnen mit diesen und den Informationen in der Beilage, diese ganze Thematik etwas näher zu bringen.
Gerne stehen wir für Fragen und Beratung zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Christian Oesch, Präsident

Schweizerischer Verein WIR
Postfach 0
CH-3619 Eriz BE

christian.oesch@vereinwir.ch
+41 79 329 2448

Beilage:
Ausführungen von LAUBSCHER plannetzwerk

Dépliant d’information

Voici **les explications de LAUBSCHER plannetzwerk.** Monsieur Daniel Laubscher a une longue expérience professionnelle en rapport avec l’implémentation de toutes les générations de téléphonie mobile dans ses différentes fonctions d’aménageur local / urbain et d’aménageur du territoire.
Lettre aux communes | PDF

L'Office de l'environnement et de l'énergie induirait-il en erreur les autorités communales ?

Le 9 décembre 2022, le Groupe d'Aménagement Cantonal de Berne (GAC) organisait pour les autorités chargées de délivrer les permis de construire un séminaire intitulé «Téléphonie mobile - un état des lieux pour les communes» au Schlossgut de Münsingen. À cette occasion, le service compétent de l'Office de l'environnement et de l'énergie (OEE) en matière de rayonnement non ionisant fournissait également des informations sur la nouvelle technique de téléphonie mobile adaptative, très controversée. Dans les discussions et documents qui ont suivi, Laubscher plannetzwerk a accusé l'OEE d'induire en erreur et de contourner les autorités compétentes en matière de permis de construire communaux, voire même de mener une administration illégale.

Lors d'un entretien commun entre l'OEE et les différents participants au séminaire du GAC ont été relatés les reproches de tromperie ainsi que de contournement des communes en tant qu'autorité d'octroi des permis de construire. De cette discussion sont issus les points suivants, reconnus par tous:

- Dans le cas de la procédure de bagatelle, il s'agit d'une dispense de l'obligation d'obtenir un permis de construire (annonce à l'OEE uniquement). La possibilité d'opposition des riverains touchés n'est pas accordée. **Les personnes concernées n'ont donc aucune possibilité de faire opposition.**

- Dans le canton de Berne, en particulier dans les zones agricoles, **environ deux tiers de toutes les antennes adaptatives ont été autorisées illégalement dans le cadre d'une procédure de bagatelle ou ont été exemptées par l'OEE de l'obligation d'obtenir un permis de construire** (cas précédent : Jaberg). Or, dans la zone agricole, une autorisation exceptionnelle est nécessaire en plus du permis de construire selon les articles 24 et suivants de la loi sur l'aménagement du territoire.

- Dans le canton de Berne, 1081 antennes sont exploitées en service radio 5G. Dont 421 avec des antennes adaptatives (état au 30.11.2022).

- Les communes (autorité de police des constructions) sont compétentes pour le rétablissement de l'état légal. Pour ce faire, **il faut exiger des exploitants la mise hors service des antennes mises en service de manière illicite ainsi que le dépôt ultérieur d'une demande de permis de construire.**

- En Suisse, plus de vingt mille sites de téléphonie mobile sont déjà en service. **K-Tipp a révélé que 20% d'entre eux dépassaient et ne respectaient pas les valeurs limites de rayonnement fixées par l'ordonnance fédérale.**
- L'OEE confirme que les dispositions d'exécution de la Confédération ont modifié le mode de mesure selon l'Ordonnance sur la protection contre le rayonnement non ionisant (ORNI) et qu'il peut en résulter des intensités de champ (rayonnement) **jusqu'à trois fois plus élevées dans les LUS (lieux à utilisation sensible), et ce de manière limitée dans l'espace et dans le temps.** Mais c'est la Confédération, et non le canton, qui est responsable de cette « astuce administrative ». De même, la méthode de mesure intégrale serait visiblement insatisfaisante. Malgré tout, l'OEE n'a pas d'autre choix que d'appliquer ces recommandations d'exécution.

- **L'OEE confirme ne pas encore avoir effectué de mesures de contrôle pour les antennes adaptatives.** Les prévisions (extrapolations) selon la fiche de données spécifiques au site ont suffi pour l'exécution et l'autorisation des antennes adaptatives. Il est toutefois prévu qu'en 2023 déjà environ cinq mesures de contrôle indépendantes d'antennes adaptatives auraient lieu dans le canton de Berne. Au besoin, l'OEE pourrait également exiger des mesures de réception.
- **Plusieurs tribunaux administratifs cantonaux constatent que le remplacement d'antennes existantes par des installations adaptatives nécessite obligatoirement un permis de construire.** Ce n'est pas le cas du canton de Berne. Celui-ci se réfère à une décision récente (31.01.2023) du tribunal administratif (précédent) et à la loi bernoise sur les constructions. Dans certains cas, le remplacement d'une antenne adaptative n'est pas essentiel au sens de l'ORNI malgré la modification et est couvert par le permis de construire existant pour les antennes conventionnelles. Il convient de noter que le jugement cité par l'OEE (100.2020.305U) stipule expressément que le remplacement d'une antenne conventionnelle par une antenne adaptative n'est possible que dans le cadre d'une procédure de bagatelle, si la puissance d'émission et l'intensité de champ dans les LUS restent à peu près les mêmes que lors du dernier permis de construire. **Si le facteur de correction est appliqué, il en résulte, selon le tribunal administratif, une augmentation de la puissance d'émission et des intensités de champ. Cela nécessite un permis de construire et il existe un intérêt de protection juridique pour les riverains concernés.** Dans ce cas, la demande de permis de construire doit être publiée en bonne et due forme.
- L'OEE s'excuse pour sa propre lettre aux communes du 31 janvier 2022, dans laquelle il était affirmé que **«le remplacement d'antennes conventionnelles par des antennes adaptatives continue de nécessiter dans tous les cas une procédure ordinaire de permis de construire»**. Il s'agit d'une erreur de formulation.
- L'OEE et le directeur du GAC recommandent aux communes d'établir une planification directrice concernant la coordination des sites de téléphonie mobile des différents opérateurs ainsi que l'harmonisation avec la desserte en fibre optique. Une planification habile et coordonnée entre les opérateurs permet d'optimiser et de réduire le nombre de sites. **Il n'est pas non plus contesté que l'approvisionnement par fibre optique nécessite beaucoup moins d'énergie que la téléphonie mobile et contribuerait à économiser de l'électricité dans l'approvisionnement informatique.**

Pour tout renseignement (indication des sources), pour toute question ou transmission des décisions de justice, procès-verbaux, documents, etc. utilisés, nous nous tenons à votre disposition.

Kontakt:

Laubscher plannetzwerk.
Daniel Laubscher
Kreuzgasse 16 | 3294 Büren an der Aare
032 351 01 19 / 079 958 08 01
daniel.laubscher@plannetzwerk.ch | www.plannetzwerk.ch

Volantino informativo

Queste sono **le osservazioni di LAUBSCHER plannetzwerk**. Daniel Laubscher vanta un’esperienza professionale pluriennale in relazione all’implementazione di tutte le generazioni di telefoni cellulari nelle sue varie funzioni di pianificatore locale/urbano e territoriale.

Lettera alle comunità (a seguire)

Inganno delle amministrazioni comunali da parte dell'Assessorato all'Ambiente e all'Energia (AUE)?

Il 9 dicembre 2022, il Gruppo cantonale di pianificazione di Berna (KPG) ha tenuto un seminario per le autorità edilizie dal titolo "Radiomobile – Determinazione della posizione dei comuni" presso Schlossgut Münsingen. Anche l'Ufficio per l'ambiente e l'energia (AUE), dipartimento specializzato NIS, ha informato della controversa nuova tecnologia di radiomobile adattiva. Nelle discussioni e nei documenti successivi, Laubscher plannetzwerk ha accusato l'AUE di fuorviare e aggirare le autorità comunali competenti per i permessi di costruzione, e persino di condotta ufficiale illegale.

In occasione di una discussione congiunta tra l'AUE ei vari partecipanti al seminario KPG, sono state discusse insieme le accuse di inganno e aggiramento dei comuni come autorità per i permessi di costruzione. È universalmente riconosciuto quanto segue:

- La procedura per controversie di modesta entità è un'esenzione dall'obbligo di concessione edilizia (solo segnalazione all'AUE). I residenti interessati non hanno la possibilità di presentare ricorso. **Di conseguenza, le persone interessate non hanno alcuna possibilità di opporsi.**
- Nel cantone di Berna, in particolare nelle zone agricole, **circa due terzi di tutte le antenne adattative sono state autorizzate illegalmente in procedimenti per controversie di modesta entità, risp. esentato dall'obbligo di concessione edilizia dall'AUE** (precedente in Jaberg). Nella LWZ, per la costruzione è necessaria un'autorizzazione eccezionale per la LWZ ai sensi dell'articolo 24 e seguenti della legge sulla pianificazione territoriale.
- Nel cantone di Berna vengono utilizzate 1081 antenne nel servizio radio 5G. 421 di loro con antenne adattive (al 30 novembre 2022).
- I comuni (autorità di polizia edilizia) sono responsabili del ripristino dello stato giuridico. A tal fine **deve essere richiesto lo spegnimento delle antenne abusivamente messe in esercizio** e la successiva presentazione agli operatori della domanda urbanistica.
- In Svizzera sono già attivi oltre 20'000 siti di telefonia mobile. Il K-Tipp ha rivelato che il **20% di essi supera e non rispetta i valori limite di radiazione secondo l'ordinanza federale.**

- L'AUE conferma che **il metodo di misurazione secondo l'ONIR è stato modificato a causa delle disposizioni di attuazione del governo federale e che di conseguenza le intensità di campo (radiazioni) possono essere fino a tre volte superiori all'OMEN (luogo con uso) in un luogo** e in un tempo limitato. Ma di questo "Buebetrickli" è responsabile la Confederazione e non il Cantone. Allo stesso modo, non si è soddisfatti del metodo di misurazione integrale e mediato. Tuttavia, l'AUE non ha altra scelta che applicare queste raccomandazioni di attuazione.

- L'AUE conferma **di non aver ancora effettuato misure di controllo per antenne adattative**. Le previsioni (proiezioni) secondo la scheda tecnica del sito erano sufficienti per l'implementazione e l'approvazione delle antenne adattative. Tuttavia, si prevede che circa 5 misurazioni di controllo indipendenti di antenne adattative dovrebbero aver luogo nel canton BE già nel 2023. Se necessario, l'AUE può anche richiedere misure di accettazione

- Diversi **tribunali amministrativi cantonali hanno stabilito l'obbligo di concessione edilizia per la sostituzione di antenne esistenti con sistemi adattativi.** Non così nel cantone di Berna. Ciò si riferisce a una decisione del tribunale amministrativo attuale (31.01.2023) (precedente) e alla legge bernese sull'edilizia. In alcuni casi, la sostituzione dell'antenna adattativa non è indispensabile nonostante la modifica ai sensi dell'ONIR ed è coperta dal permesso di costruzione esistente per le antenne convenzionali. Va notato che la sentenza citata dall'AUE (100.2020.305U) afferma espressamente che una conversione di un'antenna convenzionale con un'antenna adattiva è possibile solo in procedimenti banali se la potenza di trasmissione e l'esposizione dell'intensità di campo all'OMEN rimangono approssimativamente le stesse come con l'ultimo permesso di costruire. Secondo il tribunale amministrativo, **se viene applicato il fattore di correzione, la potenza di trasmissione e le intensità di campo aumentano. Ciò richiede un permesso di costruzione e i residenti interessati hanno interesse alla protezione legale.** In questo caso, la domanda di pianificazione deve essere regolarmente pubblicata.

- L'AUE si scusa per la propria lettera ai comuni del 31 gennaio 2022, nella quale si affermava: **"Per la sostituzione delle antenne convenzionali con antenne adattive è comunque necessaria una regolare procedura di concessione edilizia"**. Questo è un errore di ortografia.

- L'AUE e il direttore del gruppo di pianificazione cantonale KPG raccomandano ai Comuni di effettuare una pianificazione generale per quanto riguarda il coordinamento dei siti di telefonia mobile dei diversi operatori e il coordinamento con la fornitura di fibra ottica. Il numero di sedi può essere ottimizzato e ridotto attraverso un'abile pianificazione che coordini i fornitori. **È inoltre pacifico che la fornitura tramite fibra ottica richiede molta meno energia rispetto alle comunicazioni mobili** e contribuirebbe a risparmiare energia elettrica nella fornitura IT.

Per domande, informazioni (fonti) o divulgazione di sentenze, verbali, documenti ecc. utilizzati, è disponibile quanto segue:

Kontakt:

Laubscher plannetzwerk.
Daniel Laubscher
Kreuzgasse 16 | 3294 Büren an der Aare
032 351 01 19 / 079 958 08 01
daniel.laubscher@plannetzwerk.ch | www.plannetzwerk.ch

Fragen zum Thema?

Sie haben Fragen zum Vorgehen in den Gemeinden oder möchten wissen, wie Sie sich vor schädlicher Strahlung von Mobilfunkmasten schützen können? Nehmen Sie an einer Webkonferenz teil!

[Zur Webkonferenz anmelden]

[Checkliste nächste Schritte | PDF]
[Checkliste nächste Schritte | Word]

5G Checkliste

Irreführung der Gemeindebehörden durch das Amt für Umwelt und Energie (AUE)?

Nun, wie geht es weiter, was kann oder soll ich tun? Diese Liste hilft Dir bei den nächsten Schritten:

	Brief an den Gesamtgemeinderat lesen und ausdrucken
	5G Merkblatt von *Laubscher plannetzwerk* lesen und ausdrucken
	Sich wenn möglich und nötig auch mit Mitbürgern treffen und die Irreführung bewusst zusammen besprechen.
	Bei Einsprachen können sich die Einsprache-Erheber organisieren und gesammelt die nächsten Schritte planen. - Sich bei Interessengemeinschaften informieren und vernetzen - Sich nach lokalen und regionalen 5G Gruppen und Vereinen erkundigen und sich vernetzen
	Sich den Erhalt der Post von VereinWIR (Brief an Gesamtgemeinderat mit 5G Merkblatt) von den individuellen Gemeindebehörden direkt bestätigen lassen und fragen, was sie jetzt in Bewegung bringen werden, nachdem sie alle in die Irre geführt wurden? - Status der Antennenstandorte und Standortbestimmung verlangen - Status der Baubewilligung (rechtswidrig im Bagatellverfahren) verlangen - Beratung der Baubewilligungsbehörden durch *plannetzwerk* anfordern
	Kontrollmessungen für adaptive Antennen müssen durch die Baubewilligungsbehörde durchgeführt und in Auftrag gegeben werden
	Widerrechtlich in Betrieb genommenen Antenne müssen durch die Gemeinde (Baupolizeibehörde) auf den rechtmässigen Zustand zurückgestellt werden.
	Sich selber & interessierte Behördenmitglieder für Webkonferenz anmelden (siehe QR-Code)
	Flyers ausdrucken und in Briefkästen verteilen (politische Anliegen sind keine Werbung).
	Den Missstand und das Vorsorgeprinzip ignorierende Gemeinderatsmitglieder vom Amt abwählen
	Strafanzeigen wegen Amtsmissbrauch lancieren
	Diese Liste wird noch ergänzt – stay tuned

Ein grosses Dankeschön geht an….

Immer wieder dürfen wir erleben, wie sich Menschen selbstlos in den Dienst der Allgemeinheit stellen und unsere Ideen mit Rat und Tat unterstützen. Im Zusammenhang mit dieser Briefaktion möchten WIR unserem Mitglied L. von Herzen danken, dass er in über 30 Stunden Fronarbeit sämtliche Anschriften von 2138 Gemeinden zusammengetragen hat!

Budget und antizipierte Kosten der Kampagne und 5G Projekt

- **CHF 7’568** für Adressen, Druck, Papier, Versand B-Post und Arbeit (Verpackung, Email-Mailmerge)

Wir danken unseren Helfern von ganzem Herzen!

Wir bedanken uns bei allen herzlich, die uns mit ehrenamtlicher Mitarbeit und/oder Spenden unterstützen.

Werden auch Sie Teil dieses Projektes, indem Sie einen finanziellen Beitrag daran leisten.

Ja, ich möchte bei WIR mitmachen!

Für die Unterstützung unserer Projekte, danken wir Ihnen herzlich!

Jetzt als Pate oder Gönner mitmachen